



An den Grossen Rat

21.5756.02

Petitionskommission
Basel, 22. Februar 2022

Kommissionsbeschluss vom 21. Februar 2022

Petition P440 betreffend «Mülltrennung im öffentlichen Raum»

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat P440 «Mülltrennung im öffentlichen Raum» in seiner Sitzung vom 8. Dezember 2021 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

1. Wortlaut der Petition P440¹

In den warmen Sommermonaten werden Rheinufer, Parks und Plätze in Basel rege belebt. Dabei entsteht viel recyclebarer Müll wie Glas, Alu, PET und Karton. Jedoch stellt die Stadtreinigung an diesen Orten keine Recyclingbehälter zur Verfügung, mit welchen ökologisch nachhaltiges Recyceln möglich wäre.

Bisherige Pilotprojekte zur Mülltrennung sind laut der Stadtreinigung am Kostenaufwand gescheitert. Dies ist schwer nachvollziehbar. Aufgrund der Dringlichkeit einer nachhaltigen Stadtentwicklung sollte dieser Schritt der Wertstoffwiederverwendung und Sensibilisierung der Bevölkerung nicht versäumt werden.

Die Unterzeichner:innen fordern vom Grossen Rat und vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, dass eine ökologisch nachhaltige Mülltrennung im öffentlichen Raum eingeführt wird.

2. Abklärungen der Petitionskommission

2.1 Hearing vom 24. Januar 2022

Am Hearing der Petitionskommission nahmen zwei Vertreter der Petentschaft sowie der Leiter Stadtreinigung als Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements teil.

2.1.1 Anliegen der Petentschaft

Der Präsident der IG Recycling wird durch den Petenten unterstützt, der vor fünf Jahren die Petition «Mehr Recyclingmöglichkeiten entlang des Rheinuferes in Basel!»² lanciert hat.

¹ Petition P440 «Mülltrennung im öffentlichen Raum», Geschäfts-Nr. 21.5756.01.

² Die Petition «Mehr Recyclingmöglichkeiten entlang des Rheinuferes in Basel!» richtete sich direkt an die Amtsleitung des Amtes für Umwelt und Energie.

Der Präsident der IG Recycling schildert zunächst die Problemlage: Vor allem in den warmen Sommermonaten tummelten sich viele Leute im öffentlichen Raum, insbesondere am Rhein. Dabei falle viel recyclebarer Abfall wie z. B. Aludosen, Karton und Glas an. Leider werde dieser Abfall aber derzeit nicht so verwertet, dass er recycelt werden könnte – er werde nämlich zerquetscht, was bedauerlich sei, weil es sich um keine ökologisch nachhaltige Lösung handle.

Regierungspräsident Beat Jans hätte sich mit Basel gerne um den Titel «Umwelthauptstadt Europas» beworben. Wenn man diese Idee erwäge, käme man nicht umhin, zu erkennen, dass Handlungsbedarf bestehe und es im Interesse der Regierung wäre, ein besseres Bild bezüglich Recycling im öffentlichen Raum abzugeben. Die aktuelle Lösung sei nicht zufriedenstellend. Auf die anderen Probleme mit den aktuellen Müllcontainern, wie z. B. deren Ästhetik und Rollstuhlzugänglichkeit, gehe er nicht ein.

Recycling on-the-go würde aus Sicht der Petentschaft eine nachhaltige Lösung darstellen, wie sie auch anderswo im In- und Ausland populär sei. Die SBB habe bspw. in allen Bahnhöfen bereits vor ein paar Jahren Trennsysteme aufgestellt, die es ermöglichten, Papier, Alu und PET vom restlichen Abfall zu trennen. Zudem hätten andere Deutschschweizer Städte wie Bern, Zürich oder Luzern Recycling-Systeme im öffentlichen Raum eingeführt – die Berichterstattung darüber sei durchwegs positiv. Die IG Recycling halte Recycling on-the-go auch für Basel für eine gute Lösung, weil es erstens ökologisch nachhaltig sei und zweitens zum Dialog sowie zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung in den Bereichen Recycling und Umweltschutz beitragen würde. Des Weiteren könnte die Stadt Basel auf diese Weise schlechte Publicity vermeiden – gerade zum jetzigen Zeitpunkt, an dem die anderen grossen Deutschschweizer Städte mit diesem Thema vorwärts machen würden.

Es sei allerdings keineswegs so, dass man sich in Basel nicht bereits mit dieser Problematik auseinandergesetzt habe. Es habe entsprechende Pilotprojekte geben: Im Rahmen des Pilotprojekts «Wertstofftrennung am Basler Rheinufer» seien neben den grossen blauen Tonnen Trennsysteme aufgestellt worden und zu einem späteren Zeitpunkt sei eine nachträgliche Trennung des angefallenen Abfalls geprüft worden.³

In der Folge geht der Vertreter der Petentschaft näher auf das Pilotprojekt «Wertstofftrennung am Basler Rheinufer» ein. Er berichtet, dass die Trennsysteme an insgesamt acht verschiedenen Stellen entlang des Rheinufers platziert worden seien. Im Anschluss sei ausgewertet worden, von wie vielen Leuten die Trennsysteme genutzt worden seien und wie hoch der Reinheitsgrad der gesammelten Wertstoffe gewesen sei. Das Fazit der Studie sei gewesen, dass eine Trennung durch die Nutzerinnen und Nutzer zwar machbar, aber nicht ergiebig und sehr teuer sei. Machbar heisse in diesem Kontext, dass die Wertstoffe, die in den drei Behältern gesammelt worden seien, einen hohen Reinheitsgrad aufgewiesen hätten, was bedeute, dass man sie gut recyceln habe können. Dass der Versuch als nicht ergiebig ausgewertet worden ist, sei daran gelegen, dass viele Leute nicht das Trennsystem, sondern weiterhin die blauen Tonnen verwendet hätten, um ihren Abfall zu entsorgen. Auf die in der Interpellation Nr. 59 Katja Christ betreffend Abfall am Rheinufer (Geschäftsnummer: 18.5210) gestellte Frage, warum das Ergebnis der Pilotstudie so nüchtern ausgefallen sei, werde auf diesen Punkt explizit hingewiesen. Die Petentschaft hält diese Argumentation angesichts der grossen Überzahl von blauen Tonnen am Rheinufer für wenig fair: Es seien ca. fünfzig blaue Tonnen und lediglich acht Trennsysteme am Rheinufer aufgestellt gewesen, was dazu geführt habe, dass die Leute eine Distanz von dreissig bis hundertfünfzig Metern bis zum nächsten Trennsystem hätten zurücklegen müssen. Logischerweise sei der Abfall dann in die blauen Tonnen geworfen worden. Dass das Trennsystem zudem links neben der blauen Tonne aufgestellt worden sei, kritisiert er ebenfalls. Dies habe nämlich dazu geführt, dass Leute, die von rechts gekommen seien, das Trennsystem übersehen hätten. Ausserdem sei zu wenig über die neue Möglichkeit des Recyclings kommuniziert worden. In Bern sei die Kommunikation hingegen sehr gut gewesen: Mit Plakaten sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Container zum Abfallrecycling dienten. Der Petent geht davon aus, dass die Basler Bevölkerung durchaus bereit gewesen wäre, ihren Abfall zu trennen.

³ Pilotprojekt «Wertstofftrennung am Kleinbasler Rheinufer» (Laufdauer: 1. Juli bis 29. September 2017) und Pilotprojekt «Nachträgliche Trennung» (Laufdauer: 14. bis 19. Mai 2018).

Im Bericht zum Pilotprojekt sei geschätzt worden, dass die Kosten bei 5'600 Franken pro Tonne recyclebarem Material liege. Dieser Betrag beinhalte gemäss dem Bericht sowohl den Personalaufwand wie auch den Aufwand der eingesetzten Fahrzeuge und Abfallgebinde. Der Petent berichtet, dass er mit der Stadtreinigung Kontakt aufgenommen habe, um weitere Details zur Kostenzusammensetzung zu erfahren. Ihm sei mitgeteilt worden, dass der Hauptgrund für die hohen Kosten beim grossen Personalaufwand und bei der grossen Arbeitsintensität läge. Es sei ihm immer noch nicht ganz klar, wie der Betrag zustande gekommen sei. Er halte das Argument der hohen Kosten daher nur für bedingt beurteilbar. Vor allem würde er es aber als wünschenswert erachten, dass sich die Verwaltung mit anderen Städten austauschen würde um zu erfahren, wie sie es schafften, ein Trennsystem im öffentlichen Raum ökonomisch tragbar umzusetzen.

Bei der Pilotstudie sei folglich einiges nicht ideal gelaufen. Für die Petentschaft stelle sich die Frage, ob es sich die Verwaltung nicht etwas zu einfach gemacht habe, indem sie den Versuch als nicht ergiebig und zu teuer abgestempelt und das Thema fallen gelassen habe. Dies sei der Grund, warum sie diese Petition gestartet hätten: Sie forderten, dass eine ökologisch nachhaltige Mülltrennung im öffentlichen Raum eingeführt werde. 428 Leute hätten die Petition unterschrieben. Als der Petent am Rheinufer Unterschriften für die Petition gesammelt habe, sei er innerhalb der Bevölkerung auf eine breite Zustimmung für ein solches Vorhaben gestossen. Er denke, dass in der Gesamtbevölkerung nicht nur grundsätzlich eine Zustimmung für das Anliegen der Petition vorhanden sei, sondern auch eine Bereitschaft dafür, das Angebot zum Recycling zu nutzen, wenn es gut kommuniziert werde.

Aus diesem Grund würden die Petenten vorschlagen, dass die Mülltrennung im öffentlichen Raum Hand in Hand mit der Kommunikationsabteilung der Stadt Basel und in Einbezug der Strategien von anderen Städten umgesetzt und durchgeführt werde.

Beim Recycling on-the-go handle es sich um eine nachhaltige und sensibilisierende Lösung, um Recycling-Probleme im öffentlichen Raum anzugehen. Es dränge sich die Frage auf, warum Basel sich so schwer mit diesem Thema tue. Der Petent ist der Ansicht, im Namen von 428 Unterzeichnenden sagen zu können, dass es gut wäre, wenn man in Basel eine ökologisch und nachhaltige Mülltrennung im öffentlichen Raum einführen würde.

2.1.2 Argumente der Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements

Der Leiter Stadtreinigung schickt seinen Ausführungen voraus, dass er weder zu Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit noch zum Platzgebrauch solcher Trennsysteme Antworten geben könne. Bei der Stadtreinigung seien sie für die Reinigung zuständig. Für alle anderen Aspekte liege die Zuständigkeit beim Amt für Umwelt und Energie.

Der Leiter Stadtreinigung geht im Folgenden ebenfalls auf das Pilotprojekt «Wertstofftrennung am Kleinbasler Rheinufer» ein. Er stimmt den Ausführungen der Petentschaft zu, dass die Reinheiten der gesammelten Wertstoffe erreicht worden seien: Man habe sie eins-zu-eins ohne Nachbehandlung der Verwertung übergeben können. Die Stadtreinigung habe die gesammelte Menge auf ein Jahr hochgerechnet. In den acht Trennsystemen am Rhein seien z. B. 25 Tonnen Glas gesammelt worden. Zum Vergleich: An den Wertstoffsammelstellen in Basel kämen pro Jahr etwa 5'000 Tonnen Glas zusammen. Dies sei der Grund, warum sie zum Schluss gekommen seien, dass die Menge eher gering sei. Bebbi-Säcke würden beim Sammeln 150 Franken pro Tonne kosten – das Einsammeln von Papier und Karton befände sich in einem ähnlichen Kostenbereich. Daher rühre die Schlussfolgerung her, dass die Kosten von 5'600 Franken relativ hoch seien. Er gebe zu, dass hierbei Äpfel mit Birnen verglichen würden. Man sollte die Kosten stattdessen eher damit vergleichen, was die Leerung der Mistkübel koste. Leider könne er diese Zahl nicht beziffern, weil das Strassenwischgut und der Inhalt der Mistkübel zusammen entsorgt würden. Sie hätten daher keine getrennte Kostenrechnung. Wie viel sie aus den Mistkübeln einsammelten, sei ihnen daher nicht bekannt.

Die nachträgliche Trennung sei hingegen deutlich günstiger – es koste halb so viel, wie wenn man den Abfall getrennt von den Leuten einwerfen lasse und ihn dann einsammle. Es sei ausserdem

ergiebig, weil alles angeschaut würde, was in den blauen Containern lande. Auf das Jahr zusammengerechnet, seien so insgesamt 61 Tonnen zusammengekommen – im Vergleich zu den 5'000 Tonnen bei den Wertstoffsammelstellen.

Aus Sicht der Stadtreinigung könne man dies alles machen. Es sei allerdings aufwendig, teuer und nicht sehr ergiebig. Es sei auch schon überlegt worden, an gewissen Tramhaltestellen Trennsysteme einzuführen.

In Bern habe man ein zweijähriges Pilotprojekt mit zwölf Standorten durchgeführt. Seit Anfang 2021 habe man in Bern nun einen Regelbetrieb mit 40 bis 50 Standorten in der Stadt. Die Kosten hätten in Bern über ein ganzes Jahr genau erfasst werden können. Die ersten drei Monate seien sie noch sehr hoch gewesen, weil es sich noch habe einspielen müssen. Seit April 2021 laufe es aber rund. In Bern beliefen sich die Kosten auf 6'700 Franken pro Tonne. Die Entsorgungsgebühren seien da auch einberechnet – dies sei in Basel nicht so. In Bern müssten sie das Sammelgut zudem nachträglich nochmals anschauen, weil die Reinheit der Wertstoffe für eine Wiederverwertung zu wenig hoch gewesen sei. Wenn die Reinheit nicht stimme, werde das Sammelgut einfach weggeworfen. Die Reinheit sei ein entscheidender Punkt. In Bern gestalte sich dies relativ aufwendig.

Wenn man das heutige System mit den Abfallkübeln, in die man alles reinschmeisst, mit einem Trennsystem vergleiche, sehe man folgenden zusätzlichen Aufwand: Man habe einen höheren Anschaffungspreis bei den Abfallkübeln und man müsse eine extra Tour mit einem Spezialfahrzeug machen, was die Sammelkosten insgesamt kostenintensiver mache. Für jene Stationen mit einem Trennsystem brauche man ein anderes Fahrzeug als für jene Stationen, bei welchen es kein Trennsystem gebe. Bei einem Trennsystem müssten die einzelnen Kompartimente von einer Person geöffnet werden, der Plastiksack müsse herausgenommen und in den Wagen gelegt werden. Danach müsse ein neuer Plastiksack hineingetan und der Wagen zurückgefahren werden. Zudem käme man wahrscheinlich nicht darum herum, die Fremdstoffe manuell auszusortieren. Es sei einfach sehr aufwendig, da es im Vergleich zum anderen Vorgang viel Handarbeit umfasse. Zusätzlich würde ein Zwischenlager benötigt. Heute gelange alles in die gleiche Wanne und von dort aus in die Kehrrichtverbrennung.

Aus Sicht der Stadtreinigung sei es absolut machbar. Sie hätten es nach dem Versuch nicht mehr weiterverfolgt, weil sie gefunden hätten, es sei für das Resultat, das es erbringe, zu teuer. Wenn die Stadtreinigung den Auftrag erteilt bekäme, würde sie diesen entsprechend ausführen.

Auf die Frage, ob es möglich wäre, bodenversenkte Müllsammelstellen am Rheinufer einzurichten, antwortet der Leiter Stadtreinigung, dass dafür zu wenig Platz vorhanden sei. Der einzige Ort, wo so eine Sammelstelle vielleicht hinpassen würde, sei nahe der Dreirosenbrücke – dort, wo man den Parkplatz entfernt habe. Man müsse einfach sehen, dass am Rhein ein hoher Nutzungsdruck bestehe und der Bedarf nach freien Flächen von allen Seiten gross sei.

Sollte ein normales Trennsystem mit vier 110 Liter-Abteilen, wie man sie von den Bahnhöfen her kenne, eingeführt werden, würden für den Restmüll weitere grosse Abfallkübel benötigt, weil das Fassungsvermögen der 110 Liter-Abteilen schlicht zu gering sei. In den 240 Liter-Solarkübeln, die den Müll selbst pressten, hätten 700 Liter Abfall Platz. Die Solarkübel würden den Sommer hindurch einiges an Abfall entgegennehmen. Durch die Nacht hindurch reiche aber auch das nicht, da ein Grossteil der Abfälle am Rhein nachts entstehe. Ihr Ziel sei es, dass bis zum Einbruch der Dunkelheit um 21.00 Uhr die Mistkübel nicht überliefen, was ihnen auch an den meisten Tagen gelänge. Wie hoch die Bereitschaft der Personen sei, die nachts am Rhein Party machten, ihren Abfall zu trennen, wisse er nicht. Sie gingen davon aus, dass dies eine Schwierigkeit sein könnte. Dies sei ein weiterer Grund, weshalb sie zum Schluss gekommen seien, dass es wenig sinnvoll sei, den Abfall am Rhein zu trennen.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Mitglieder der Petitionskommission sind sich darüber einig, dass Mülltrennung und Recycling heutzutage zur Norm gehören sollten und eine entsprechende Sensibilisierung der Bevölkerung wichtig ist. Zur spezifischen Frage nach der Mülltrennung im öffentlichen Raum gibt es innerhalb der Kommission allerdings verschiedene Positionen.

Ein Teil der Kommission verweist darauf, dass die Stadt gerade jeweils am Wochenende an Party-Hotspots wie dem Rheinbord und am Barfi ein Littering-, respektive ein grosses Sauberkeitsproblem habe. Um diese Probleme in den Griff zu bekommen, brauche es einfache und niederschwellige Angebote, die ermöglichen, dass alle ihren Müll entsorgen würden. Bevor man in Richtung Mülltrennung im öffentlichen Raum gehen könne, müsse das Littering- und Sauberkeitsproblem gelöst werden.

Für einen weiteren Teil der Kommission steht die Kostenfrage im Vordergrund. Es gehe darum, ob es möglich sei, eine bezahlbare Lösung zu finden. Sollten die Kosten für die Mülltrennung am Rheinbord sehr hoch ausfallen, sei es sinnvoller, an den Party-Hotspots weiterhin blaue Tonnen aufzustellen und stattdessen flächendeckend an jenen Orten in der Stadt, an denen weniger Abfall anfielen, Trennsysteme einzuführen.

Für einen anderen Teil der Kommission handelt es sich beim Littering-Problem und bei der Mülltrennung um zwei verschiedene Aspekte. Es sei klar, dass man jene Leute, die Littering verursachen, nicht dazu bringen könne, ihren Abfall zu trennen. Man verliere sie aber durch die Einführung eines Trennsystems im öffentlichen Raum auch nicht. Ob es sich bei der Einführung eines Trennsystems am Rhein um den effektivsten Weg handle, sei aufgrund der im Vergleich zu den Haushaltsabfällen eher geringen Abfallmengen, die dort anfielen, jedoch unklar. Es sei daher zentral, dass man sich innerhalb der Verwaltung grundsätzlich darüber Gedanken mache, wie man den Abfall einsammeln wolle, gerade auch hinsichtlich der anstehenden Evaluation der solarstrombetriebenen Pressabfallkübel.

In der folgenden Diskussion kam die Kommission zum Schluss, dass es sinnvoll ist, wenn im Rahmen der Evaluierung der Solarkübel weiterführende Überlegungen angestellt würden, die auch den Aspekt der Mülltrennung im öffentlichen Raum beinhalten – so z. B. ob es möglich wäre, Abfallkübel anzuschaffen, die mehrere Funktionen hätten (u. a. auch Recycling ermöglichen). Überhaupt wünscht sich die Kommission Antworten dazu, wie ein Gesamtkonzept hinsichtlich der Mülltrennung im öffentlichen Raum aussehen könnte.

Die Petitionskommission bittet die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1) Können im Rahmen der Evaluation der Solarkübel weiterführende Überlegungen zur Mülltrennung im öffentlichen Raum angestellt werden?
 - a) Ist es bspw. möglich, Abfallkübel anzuschaffen, die u. a. auch Mülltrennung respektive Recycling ermöglichen?
- 2) Wie könnte ein Gesamtkonzept hinsichtlich der Mülltrennung im öffentlichen Raum aussehen?
- 3) Wie wird die Mülltrennung im öffentlichen Raum in anderen Städten strategisch und finanziell gelöst?
 - a) An welchen Standorten stellen andere Städte Trennsysteme auf?
 - b) Wie handhaben andere Städte die Mülltrennung an Partymeilen, an denen saisonal bedingt grosse Abfallmengen anfallen?
- 4) An welchen Orten im öffentlichen Raum würde Mülltrennung in Basel-Stadt Sinn machen, respektive wo wäre eine Trennung des anfallenden Abfalls sinnvoll und wo würden einfache Abfallkübel reichen?
 - a) Wie sieht es bspw. an den Tramhaltestellen aus? Wäre es möglich, an Tramhaltestellen Trennsysteme wie an den Bahnhöfen aufzustellen?
- 5) Wie wird die Nachhaltigkeit von Trennsystemen im öffentlichen Raum eingeschätzt?

4. Antrag

Die Petitionskommission beantragt mit 10 Stimmen zu 1 Gegenstimme (bei zwei Abwesenheiten) dem Grossen Rat, die vorliegende Petition der Regierung innert 6 Monaten zur Stellungnahme zu überweisen. Zur Sprecherin hat die Petitionskommission Annina von Falkenstein bestimmt.

Im Namen der Petitionskommission



Karin Sartorius-Brüschweiler
Kommissionspräsidentin